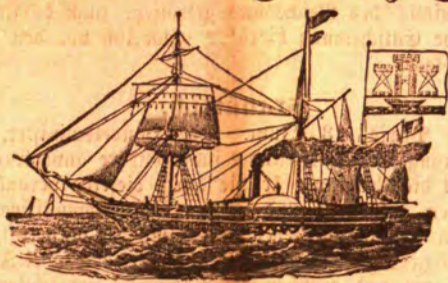


Memeler Dampfboot.

„Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Votenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,
sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr
einzuliefern.

Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

N^o 140.

Memel, Mittwoch, den 19. Juni.

1878.

Tagesschrift.

Den 19., Vorm. 10 Uhr, auf dem Kreisgerichte Verkauf des Fabrikbesitzer Youngsches Grundstücks Memel Nr. 706—709 und 730.; 12 Uhr, auf dem Kreisgerichte Termin in der Rfm. Wilhelm Ebnerschen Concurssache.

Zwischen den Sitzungen.

Ueber vier Monate hindurch hat die Europäische Diplomatie daran gearbeitet, eine Verständigung der divergirenden Interessen im Orient herbeizuführen, eine Einigung zwischen Rußland, England und Oesterreich herbeizuführen. Ueber vier Monate hindurch haben die Staatenlenker von Europa sich bemüht, „den Frieden zu erhalten,“ und sie haben es auch richtig dahin gebracht, daß schließlich zwei gerüstete Heere sich bedrohlich gegenüberstanden, daß alle Wege zur Verständigung gesperrt waren und nur noch eine Aussicht offen blieb — die Aussicht auf den nahen Krieg.

Die „Verständigung von Kabinet zu Kabinet“ war völlig gescheitert. War die Einigung mit England auf guten Wegen, dann zeigte sich Oesterreich unwillig, und die Furcht, die Versöhnung könnte auf seine Kosten sich vollziehen, veranlaßte das Wiener Kabinet zu störendem Einschreiten. War Oesterreich begütigt, dann siedete sich das Mißtrauen wieder an der Themse an und das Cabinet von St. James spielte nicht mehr mit. Der eine Staat traute dem anderen nicht recht, und die Furcht vor Separatverständigungen ließ es zu einer Einigung nicht kommen. Gegen diese Furcht vor Separatverträgen auf Kosten der anderen Staaten giebt es nur ein Mittel — gemeinsame, direkte Berathung. Das ist der Congreß.

Wenn die Vertreter der beteiligten Mächte beisammen sitzen im selben Saale, wenn laut und vor Allen verhandelt wird, wenn die Beratungen gemeinsam gepflogen, die Beschlüsse in gemeinsamer Berathung gefaßt werden, wenn in einem einzigen, alle Gebiete der großen orientalischen Frage umfassenden Vertrag die Einigung erfolgen kann, dann ist doch wohl für einen dauernden Frieden alle Gewähr vorhanden. Nur ein Congreß kann alle diese Cautelen bieten, und der Congreß trat zusammen.

Auf das neue Kanzlerpalais in der Wilhelmstraße zu Berlin richtete sich nun die Aufmerksamkeit Europas, der ganzen Welt. Im Tanzsaale des Palais Radzivil glaubte man nun, habe das Schicksal sein Laboratorium aufgeschlagen, hier, so glaubte man, würden die Staatenlenker Europas verhandeln über die bedrohlichen Divergenzen in der orientalischen Frage, beschließen über Krieg und Frieden. Es scheint anders werden zu sollen, und es ist schade, daß dem so ist. Es liegt eine Gefahr darin. Die erste Sitzung des Congresses hatte stattgefunden. Und eine Pause von drei Tagen schied sie von der zweiten offiziellen Sitzung. Diese drei Tage wurden nicht im Müßiggang verbracht; die Herren Congreßbevollmächtigten, die leitenden Minister der einzelnen beteiligten Mächte unterhielten einen regen Verkehr, die Besuche jagten sich, und die Separatdiskussion stand in voller Blüthe.

Es liegt zunächst ein gewisser Reiz, ein unzweifelhafter Vortheil in diesem Verhältnis. Im vertraulichen Zwiegespräch versteht, verständigt man sich viel rascher, als in feierlicher, steifer, offizieller Plenarsitzung, in der man geduldig auf das „Wort“ warten und dann nicht eindringlich zu Einem spricht, sondern salbungsvoll an die naturgemäß nicht so angespannte Aufmerksamkeit einer Versammlung sich wendet. Aber weit größer als der Vorzug, ist der Nachtheil, ist die Gefahr dieser Separatverständigungen. Mit ihnen ist ja der ganze Vortheil des Congresses, sein eigentlicher Zweck, wenn auch noch nicht vernichtet, so doch mindestens stark bedroht. Das Mißtrauen, das der Congreß ausschließen sollte, kann wieder frei seinen Einzug halten, und die Schwierigkeiten, welche der Congreß aus dem Wege schaffen sollte, können sich gar leicht mit aller Kraft wieder einfänden. Diese Befürchtung ist heute schon nicht ohne tatsächliche Begründung.

Im Stadium einer Verstimmung zwischen Oesterreich und Rußland trat der Congreß zusammen. Die Mission Schuwaloff war glücklich beendet, eine vollkommene Verständigung zwischen Petersburg und London

war erzielt, man sprach von einem Separatübereinkommen, und dies Gerücht erhielt sich trotz offiziöser Dementis bis in die jüngste Zeit.

Da trafen Andrassy und Gortschakow in Berlin zusammen. Der Oesterreichische Reichsminister besuchte seinen kranken russischen Kollegen wiederholt, und die entente cordiale zwischen Rußland und Oesterreich ist wieder hergestellt. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ministern geschahen nicht in diplomatischen Sinne öffentlicher Sitzungen, die Einigung ist außerhalb des Congreßsaales zu Stande gekommen, was bürgt dafür, daß England nicht mißtrauisch wird? Es wird dies vielleicht nicht der Fall sein, aber der Congreß, der über so hochbedeutsame Dinge zu verhandeln hat, über Krieg und Frieden, über das Loos von Europa, der sollte jede entfernte Gefahr eines Mißverständnisses auf das Sorgfältigste vermeiden. Wir in Deutschland wissen aus Erfahrung, wie mißlich es ist, wie peinlich, wenn etwa der Reichstag oder der Landtag vor einer wichtigen Entscheidung seine öffentlichen Plenarsitzungen aussetzt, wenn hinter den Coulissen verhandelt wird, und dann in überflüssigen Paradedebatten Beschlüsse vertheidigt und angegriffen werden, die bereits gefaßt sind und unabänderlich feststehen. Nur wenn die Beschlüsse des Congresses in den Plenarsitzungen reifen, entstehen, bieten sie volle Gewähr für eine gründliche Lösung des Conflicts.

Politische Uebersicht.

r. Memel, den 18. Juni.

In Berlin sind die Führer der Nationalliberalen zusammengetreten, um über die Haltung der Partei bei den Reichstagswahlen Beschluß zu fassen. Vermuthlich auf eine Beeinflussung dieses Beschlusses ist es abgesehen, wenn der Berliner Berichterstatter der Pol. Corr. versichert, dem Fürsten Bismarck liege nichts fern, als ein Feldzug gegen die nationalliberale Partei. Zur Schaffung einer conservativen Majorität werde Bismarck niemals die Hand bieten, da er mit einer solchen einen noch ungleich schwierigen Stand haben würde. Namentlich würde eine solche Majorität die Revision der bisherigen Gesetzgebung in einem Umfange anstreben, wie ihn der Minister, auf dessen Namen hin dieselbe sich vollzogen hatte, nie zulassen könnte. Der Wunsch des Kanzlers gipfle darin, die nationalliberale Partei den fortschrittlichen Einflüssen weniger ausgesetzt zu sehen, als dies in den letzten Sessionen der Fall gewesen. Es ist sehr fraglich, ob man sich auf nationalliberaler Seite durch solche Zusicherung wird ködern lassen. Die bisherigen Anzeichen sind nicht danach geartet, um einen noch breiteren Riß zwischen den beiden liberalen Parteien zu befürworten. Die „Post“, welche augenblicklich mit der Regierung die engste Fühlung zu haben scheint, führt eine gleich insolente Sprache gegen die nationalliberale wie gegen die Fortschrittspartei, und die Kreuzzeitung empfiehlt geradeheraus das officielle Mandat. Der Wahlkampf wird also nicht gegen eine der beiden liberalen Fractionen, sondern gegen den Liberalismus überhaupt geführt werden; und um nicht zu unterliegen, ist im liberalen Lager Einigkeit in erster Linie nothwendig. — Der Reichs-Anzeiger meldet, daß der Kaiser mit der Stellvertretung des Reichskanzlers in den Finanz-Angelegenheiten des Reiches, insoweit sie sich in der anschließlichen Verwaltung des letzteren befinden, den Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann beauftragt hat. Der Plan, eine engere Verbindung zwischen der Verwaltung der Reichsfinanzen und der Preussischen Finanzverwaltung herzustellen, ist hiernach vorläufig aufgegeben oder gescheitert.

Vom Congreß wissen wir heute so gut wie gar nichts und müssen uns begnügen, das wiederzugeben, was auswärtige, einen offiziellen Anstrich tragende Blätter uns davon aufzählen. So schreibt die „Pol. Corresp.“ „In Berlin herrscht die Ansicht, daß die vertraulichen Bourparlers der Congreß-Bevollmächtigten der neuerlich angeregten Distanzierung der Anglo-russischen Streitkräfte vor Konstantinopel gelten. Diese Angelegenheit soll — falls bis dahin eine Verständigung hierüber erzielt wird — in der für Montag anberaumten formellen Congreßsitzung zur Sprache kommen. Die bisherigen persönlichen

Verührungen zwischen Lord Beaconsfield, dem Grafen Andrassy und dem Grafen Schuwaloff haben eine unverkennbare gegenseitige Annäherung herbeigeführt. Insbesondere gilt dies von den beiden letztgenannten Staatsmännern. Fürst Gortschakoff ist — wegen seines anhaltend schlechten Gesundheitszustandes — den bisher stattgefundenen vertraulichen Besprechungen fern geblieben. Man signalisirt uns die Absicht der Französischen Bevollmächtigten, in allen die Erhaltung des übrigbleibenden Theiles der Europäischen Türkei, sowie die Forderungen Griechenlands betreffenden Fragen auf dem Congresse, und zwar an der Seite Englands, activer hervortreten zu wollen. Die Rumänischen Delegirten tragen sich mit dem Gedanken, beim Congresse um die Erhebung des Fürsten von Rumänien zum Range eines Großherzogs anzuschreiben. Wie es heißt, wird Deutschland, der Unterstützung der anderen Mächte versichert, auf dem Congresse die Emancipation der Rumänischen Juden auf das Tapet bringen.“

Wie man russischerseits über die Abrüstung denkt, dafür liefern die Berichte der neuesten Petersburger Zeitungen einen Beleg. Die Börsenzeitung meldet nämlich, daß die rasche Anlage eines zweiten Geleises der Düna-Wilnaer Eisenbahn und ihrer Zweigbahn an die Preussische Grenze angeordnet sei, während die Petersburger Wiedomosti von der beschleunigten neuen Befestigung Sebastopols wissen wollen, auf welche 15 Millionen Rubel verwendet werden sollen. Die Mächte, welche im Jahre 1854 Rußland entgegenzutreten für nothwendig gefunden, werden es jetzt, wo es bis Konstantinopel vorgebrungen, doch nicht schrankenlos gewähren lassen und nicht zugeben können, daß nicht nur Alles, wofür die Westmächte Gut und Blut geopfert, annullirt, sondern die russische Herrschaft in einer dem ganzen Welttheil gefährlichen Weise beseitigt werde.

Zwischen den Türken und Montenegrinern ist es am Sonnabend zu neuen Kämpfen gekommen. Schon seit einiger Zeit herrschte Zwistigkeit über die von den Montenegrinern einzuhaltende Demarcationslinie, täglich fielen Raubereien vor, und endlich ist der gegenseitige Nationalhaß wieder in helle Flammen ausgebrochen. Den ganzen Sonnabend wurde in der Nähe von Sutari und wo sonst beide Theile sich dicht gegenüberstehen, gekämpft. Man wird nun abwarten müssen, ob Oesterreich, hierauf gestützt, vom Congresse ein Mandat zum Einschreiten erlangen wird.

Man erfährt aus Frankreich, daß der neue Plan der Führer der Clerikal-royalistisch-bonapartistischen Reaction dahin geht, sich mit den Ultra-sozialisten abzufinden, um diese zu bestimmen, gegen Gambetta und die übrigen gemäßigten republikanischen Parteien vorzugehen, um so eine Krise hervorzurufen, die ihnen gestattet, sich wieder an die Gewalt zu bringen. Zu einem offenen Vorgehen wird es wegen des Congresses und der Auslieferung nicht sofort kommen; unmöglich wäre es jedoch nicht, daß die vom Orleansistischen „Soleil“ vor einigen Tagen vorausgesehene sozialistische Krisis noch vor beendeter Anstellung ausbricht und so dem Marschall die Gelegenheit geboten wird, mit einem Ministerium der Rechten eine neue Berufung an das Land zu machen. Bei ihrem neuesten Unternehmen wird die Reaction bereits von einigen von ihr gewonnenen ultra-sozialistischen Blättern unterstützt. Die Regierung ist von diesen neuesten Intriguen unterrichtet und wird nöthigenfalls mit äußerster Entschlossenheit vorgehen. In den republikanischen Kreisen zeigt man sich unbesorgt, doch sieht man der nächsten Zukunft nicht ohne einige Sorge entgegen, weil man der ganzen hohen offiziellen Welt keineswegs großes Vertrauen schenkt.

In Rom schien der Vater Curci zu siegen. Es steht ganz außer Zweifel, daß das alte „Nè elettorie, nè eletti“ (nicht zu wählen und sich nicht wählen zu lassen) der erste Punkt ist, den Leo aus dem Programm des neunten Pius streichen wird oder vielmehr, so weit es an ihm liegt, schon gestrichen hat. Die katholische Partei wird sich in den nächsten Wahlen für die Verwaltungskörper beteiligen und demnächst auch an denen für das Parlament. Streitig ist noch unter den mit den Einzelheiten der Ausführung betrauten leitenden Persön-

